

Forderungen zur niedersächsischen Landtagswahl

am 9. Oktober 2022



Forderungen zur niedersächsischen Landtagswahl am 9. Oktober 2022

Mit unserer Kampagne „Gemeinsam gegen einsam“ gehen wir die Probleme ganz direkt an und helfen all denjenigen, die nicht weiterwissen.

Die Corona-Pandemie, die Klimakrise, der Ukraine-Krieg und die steigende Inflation – die Menschen in Niedersachsen haben derzeit mit den Auswirkungen zahlreicher Probleme zu kämpfen. All dies führt dazu, dass die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinandergeht und sich die soziale Ungleichheit enorm verschärft. Immer mehr sind von Armut betroffen, haben schlecht bezahlte Jobs oder werden aufgrund ihrer Behinderung oder ihrer Pflegebedürftigkeit benachteiligt. Die Versorgung mit Wohnraum ist vielerorts nicht mehr sichergestellt und auch im Gesundheitssektor spitzen sich die Probleme an vielen Stellen zu.

Angesichts dieser zahlreichen Herausforderungen ist es an der Zeit, dass die Politik handelt. Denn: Immer mehr Menschen fühlen sich aufgrund der derzeitigen Situation einsam und sozial isoliert. Für uns als größter Sozialverband in Niedersachsen ist es jedoch wichtig, sich für Solidarität und Gerechtigkeit starkzumachen. Jede*r muss an der Gesellschaft teilhaben können!

Mit unseren Forderungen zur diesjährigen Landtagswahl zeigen wir deshalb auf, welche Punkte sich die Politiker*innen auf die Agenda schreiben müssen, um den derzeitigen Herausforderungen zu begegnen.

Übrigens: Wir belassen es nicht nur bei unseren Forderungen an die Politik. Mit unserer Kampagne „Gemeinsam gegen einsam“ gehen wir die Probleme ganz direkt an und helfen all denjenigen, die nicht weiterwissen. Mehr Infos dazu gibt es unter www.sovd-gemeinsam.de.

- 4 Gutes Wohnen und Leben**
Bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum schaffen
Bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung umsetzen
Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und Senior*innen
als Teil der Daseinsvorsorge stärker berücksichtigen
- 8 Armut**
Armut bekämpfen
Niedriglohnssektor begrenzen
- 11 Mobilität**
Mobilität und Verkehrswende zukunftsfähig gestalten
- 12 Inklusion**
Inklusion endlich umsetzen und Teilhabe stärken
- 13 Klimaschutz**
Klima- und Umweltschutz voranbringen und sozial gerecht
gestalten
- 14 Bildung**
(Aus-)Bildungschancen für alle
- 16 Pflege**
Gute und solidarische Pflege verwirklichen
- 18 Wahlprüfsteine kompakt**



Wir fragen Politiker*innen zu
unseren Themenkomplexen
Seite 18

Gutes Wohnen und Leben

Bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum schaffen



Wahlprüfsteine Wohnen:

Was wollen Sie tun, um dringend benötigten Wohnraum bezahlbar und barrierefrei zur Verfügung zu stellen?

Was wollen Sie tun, um Mietpreissteigerungen nachhaltig entgegenzuwirken?

Der Wohnungsmarkt ist ein Spiegel massiver sozialer Ungleichheit. Die Versorgung mit bezahlbarem, angemessenem und barrierefreiem Wohnraum ist in Ballungszentren nicht mehr gewährleistet und die Zahl der Sozialwohnungen ist stark zurückgegangen. Wohnkosten sind inzwischen vielerorts zu einem Armutsrisiko geworden. Die Suche nach passendem Wohnraum ist vor allem für Geringverdiener*innen, Familien, Menschen mit Behinderung oder mit Migrationsgeschichte äußerst schwierig. Der Erwerb einer eigenen Immobilie ist für immer weniger Menschen erschwinglich, vor allem dann nicht, wenn kein geerbtes Vermögen in Aussicht steht. Zugleich klagen Kommunen in strukturschwachen Regionen über Leerstand und unattraktive Ortskerne und die Erfordernisse des Natur- und Klimaschutzes sind dringender zu berücksichtigen denn je.

Um die Versäumnisse der vergangenen Jahre im Immobiliensektor zu korrigieren, sind auf Landesebene erhebliche Anstrengungen erforderlich. Dazu gehören auch der Ausbau des gemeinwohlorientierten Segments (z.B. durch Genossenschaften) und die Rekommunalisierung im Wohnungssektor. Das Land sollte dringend in Form einer Landeswohnungsbaugesellschaft tätig werden und insgesamt eine solidarische und gemeinnützige Wohnungswirtschaft fördern.

Darum fordern wir in Niedersachsen:

- Versorgung mit angemessenem, barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum als staatliche Daseinsvorsorge begreifen und verstärkt vorantreiben

- Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und Verlängerung der Sozialbindung
- Mietpreissteigerungen bei hohen Mietbelastungen sinnvoll einschränken
- Wieder-Errichtung einer Landeswohnungsbaugesellschaft, um wohnungspolitischen Handlungsspielraum und mehr Wohnungen im öffentlichen Eigentum zu gewinnen
- Die Lebensqualität muss z.B. durch generationenübergreifende Wohn- und Stadtentwicklungskonzepte gestärkt werden

Bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung umsetzen

Von einer gut ausgebauten öffentlichen Daseinsvorsorge profitieren alle, in besonderem Maße jedoch diejenigen, die in privatisierten Sektoren kaum mithalten können. Das gilt auch für die Gesundheitsversorgung. Das Beispiel der eklatanten Unterversorgung im Bereich der Geburtshilfe illustriert deutlich die Grenzen gewinnorientierter Märkte bei Grundbedürfnissen. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Pandemie darf die Kürzung öffentlicher Leistungen erst recht keine Option sein. Auch der Klimawandel wird als Gesundheitsgefahr in Zukunft deutlichere Effekte entfalten. Darauf gilt es vorbereitet zu sein.

Eine qualitativ hochwertige und angepasste sowie wohnortnahe medizinische Versorgung der Bevölkerung ist hier von sehr hoher Bedeutung, doch schon jetzt fehlen Ärzt*innen – insbesondere im ländlichen Raum. Der SoVD fordert daher einen Paradigmenwechsel und die entschiedene Förderung von Rekommunalisierung und staatlicher Daseinsvorsorge auf den verschiedenen Ebenen. Eine starke staatliche Daseinsvorsorge muss verlässlich, vielfältig, kostengünstig



Wahlprüfsteine Gesundheit:

Was wollen Sie tun, um Bedingungen für eine gute Gesundheitsversorgung und Geburtshilfe vor Ort zu schaffen?

Was wollen Sie tun, um die menschliche Gesundheit beim Klimaschutz nicht zu vergessen?

Wie wollen Sie dem Ärzt*innenmangel entgegenwirken?

und barrierefrei zugänglich sein, um Menschen in allen Lebenslagen und in allen Regionen des Landes Unterstützung zu sein.

Darum fordern wir in Niedersachsen:

- Sicherstellung einer bedarfsgerechten, flächendeckenden, wohnortnahen und barrierefreien medizinischen Versorgung
- Dem Ärzt*innenmangel (insbesondere im ländlichen Raum) muss entgegengewirkt werden
- Regionale Gesundheitszentren müssen vorangebracht und sektorenübergreifende Versorgung muss weiterentwickelt werden
- Eine flächendeckende und gute Versorgung in der Geburtshilfe in ganz Niedersachsen muss gewährleistet werden
- Unterversorgung in der Psychotherapie abbauen, Kinder- und Jugendpsychiatrie stärken



Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und Senior*innen als Teil der Daseinsvorsorge stärker berücksichtigen

Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung verlässlicher sozialer Infrastrukturen überdeutlich gemacht. Vor allem diejenigen, die privat vielleicht über weniger Ressourcen verfügen und gerne auf günstige öffentliche Angebote zurückgreifen, haben in den vergangenen Jahren deutliche Einschränkungen und Entbehrungen erleben müssen. Wochenlange Schulschließungen, der Ausfall von Mittagsverpflegung und das Verbot von Sportangeboten im Rahmen der Virusbekämpfung haben zum Teil drastische Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche gehabt. Die physische und psychische

Gesundheit und die Lebenszufriedenheit der Jüngeren haben deutlich gelitten. Aber auch für Senior*innen war diese Phase eine Extremsituation, die Einsamkeits- und Isolationsgefühle bei vielen verstärkt hat. Erkrankungen (oder die Angst davor), Pflegebedürftigkeit, abnehmende körperliche Mobilität, Altersarmut oder auch der Verlust eines geliebten Menschen stellen viele Senior*innen generell schon vor große Herausforderungen, ihr Leben sozial ausgeglichen zu gestalten. Es ist daher ein neues Bewusstsein für die Bedeutung direkter sozialer Teilhabe für alle nötig. Die Pflege des sozialen Miteinanders für Groß und Klein muss als staatliche Aufgabe etabliert und entsprechend gefördert werden.

Darum fordern wir in Niedersachsen:

- Es muss eine verlässliche soziale Infrastruktur – etwa von Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten – aufgebaut werden
- Jugendhilfe und Altenhilfe müssen als kommunale Aufgaben durch den Ausbau personeller und finanzieller Ressourcen gestärkt werden
- Die Bedürfnisse und Interessen junger Menschen und Senior*innen müssen stärker berücksichtigt und gefördert werden
- Psychosozialen Folgen der Pandemie muss entgegengewirkt werden
- Das Wahlalter muss auf 16 Jahre abgesenkt werden, um Jugendlichen frühzeitig die politische Beteiligung zu ermöglichen
- Die Verordnung sozialer Angebote als „Geselligkeit auf Rezept“ durch Hausärzt*innen, um wieder Kontakte zu knüpfen, muss eingeführt werden



Wahlprüfsteine Kinder, Jugendliche und Senior*innen:

Was wollen Sie tun, um die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen stärker zu berücksichtigen?

Was wollen Sie tun, um die Bedürfnisse von Senior*innen stärker zu berücksichtigen?

Wie kann dem Einsamkeitsrisiko von vulnerablen Gruppen entgegengewirkt werden?

Armut

Armut bekämpfen

Zu viele Menschen sind in Niedersachsen von direkter Armut betroffen: Die Armutsgefährdungsquote lag im Jahr 2021 in Niedersachsen bei 16,8 Prozent. Damit sind circa 1,3 Millionen Menschen in Niedersachsen von relativer Einkommensarmut betroffen. Ein Leben in Armut ist von materiellen Entbehrungen geprägt, aber auch von Ängsten, sozialer Isolation, schlechteren Bildungschancen oder höheren Gesundheitsbelastungen. Deshalb hat das Land im Rahmen der sozialen Daseinsvorsorge die Aufgabe, die Folgen der Einkommensarmut und prekärer Lebenslagen zu mildern und zu bekämpfen.

Vor allem Menschen, die nicht erwerbstätig sind, sind überproportional betroffen. Dies gilt für Kinder und Jugendliche und ältere Menschen über 65 Jahre. Doch auch für Berufstätige ist die Situation oft schwierig: In Niedersachsen ist der Anteil an Geringverdiener*innen an allen Vollzeitbeschäftigten höher als im Bundesdurchschnitt. Fast jede*r Fünfte erhält Löhne aus dem unteren Entgeltbereich, verdient also bei 40 Wochenarbeitsstunden weniger als 2.284 Euro brutto im Monat. Besonders betroffen sind Frauen, junge Berufstätige, Personen ohne Bildungs- oder Berufsabschluss und Migrant*innen. Die sozialen Sicherungssysteme müssen daher gestärkt werden, um einen angemessenen Lebensstandard für alle Bürger*innen zu garantieren.



Wahlprüfsteine Armut:

Was wollen Sie tun, um Armut wirksam zu bekämpfen? Insbesondere Kinder- und Altersarmut?

Was wollen Sie tun, um Einkommensarmut entgegen zu wirken?

Was wollen Sie tun, um geflüchtete Menschen umfassend zu integrieren und sie als Bereicherung unserer Gesellschaft zu begreifen?

Was wollen Sie tun, um Kinderbetreuung auch für finanzschwache Familien zu garantieren?

Darum fordern wir in Niedersachsen:

- Die finanzielle Unterstützung muss so aufgestellt sein, dass die Teilhabe am sozialen, kulturellen und politischen Leben möglich ist
- Leistungsempfänger*innen von Grundsicherung müssen in der aktuellen Krise angesichts der hohen Inflation einen Zuschlag von mindestens 100 Euro mehr pro Monat erhalten
- Erwerbsminderungsrentner*innen müssen ab sofort besser und durch höhere Zuschläge als geplant abgesichert werden
- Das Rentenniveau muss angehoben und Altersarmut verhindert werden
- Es braucht eine bessere Absicherung im Krankheitsfall (z.B. durch eine längere Bezugsdauer des Krankengeldes)
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss spürbar verbessert werden
- Flexible Arbeitszeitmodelle und stärkere Anerkennung von Sorgearbeit sind dringend notwendig
- Wirksame Unterstützungsangebote insbesondere für Alleinerziehende, z.B. durch Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen, müssen eingeführt werden



Niedriglohnsektor begrenzen

Viele der in Niedersachsen starken Branchen zahlen notorisch schlechte Löhne: etwa die Land- und Forstwirtschaft, das Gastgewerbe, der Handel, die Leiharbeit oder die Logistik. Der Niedriglohnsektor in Niedersachsen, der sich seit Jahren in vielen Regionen verfestigt hat, muss daher endlich effektiv begrenzt werden.



Die Erhöhung des generellen Mindestlohns – von der Frauen überproportional profitieren – ist dafür nur der erste Schritt. Begleitend muss auch die Tarifbindung in den betroffenen Branchen gestärkt sowie eine konsequentere Unterstützung junger Berufstätiger ohne Berufsabschluss etabliert werden. Denn: Eine abgeschlossene Ausbildung ist ein guter Schutz gegen Geringverdienst. Zugleich klagen viele Branchen über Fachkräftemangel. Um die ökonomische Stabilität im Land auch zukünftig zu sichern und Wohlstand auszubauen, sind daher dringend Strategien nötig, um einen hohen Anteil an Geringqualifizierten zu Fachkräften aus- und weiterzubilden. Mit dem Qualifizierungsniveau und anspruchsvolleren Tätigkeiten steigen dann auch die Löhne. Ein Schlüssel zum Ausstieg aus der Negativspirale liegt daher in individuell zugänglichen und breitenwirksamen Qualifizierungsmaßnahmen.

Darum fordern wir in Niedersachsen:

- Begrenzung prekärer Arbeitsverhältnisse und Schaffung struktureller Rahmenbedingungen für „Gute Arbeit“ (u.a. durch mehr Tarifbindung, Weiterbildung, Begrenzung von Leiharbeit, Befristungen und Minijobs)
- Sicherung armutsfester Löhne, damit in Zukunft endlich mehr Menschen gut von ihrer Arbeit leben können
- Geringqualifizierte effizient fördern, um Fachkräftemangel und Geringverdienst parallel entgegenzuwirken
- Schnelle und unbürokratische Hilfe für alle Geflüchteten – unabhängig vom Herkunfts- oder Erstaufnahmeland – muss auf den Weg gebracht werden
- Eine Integration von Geflüchteten in Bildung und Arbeit muss ermöglicht und gefördert werden

Mobilität

Mobilität und Verkehrswende zukunftsfähig gestalten

Verkehrspolitik ist ein zentraler Baustein im Klimaschutz. Zum Umbau bestehender Infrastruktur ist eine massive Investition in die Fläche nötig. Alle, die ein eigenes Auto nicht nutzen können oder wollen, müssen ein entsprechendes kostengünstiges und barrierefreies ÖPNV-Angebot haben, um den Umstieg zu erleichtern und den (Familien-)Alltag entsprechend ausrichten zu können. Dazu gehört auch die Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken und Bahnhöfen, die Schließung von Lücken im Netz und die (übergangsweise) Installation eines verlässlichen Landesbusliniennetzes. Für den Individualverkehr ist der Ausbau und die Verbesserung des Rad- und Fußwegenetzes wichtig. Insgesamt müssen Barrieren abgebaut und die Teilhabe mobil eingeschränkter Menschen in öffentlichen Verkehrsbereichen (Straßen, Wege, Plätze, öffentliche Gebäude) sichergestellt werden. Das 9-Euro-Ticket sollte in ähnlicher Form für Niedersachsen fortgesetzt werden, mindestens wären jedoch landesweite Sozialtickets nötig, um mehr Menschen die Teilhabe am ÖPNV zu ermöglichen.

Darum fordern wir in Niedersachsen:

- Der öffentliche Nahverkehr muss flächendeckend ausgebaut und der Umweltverbund, die Barrierefreiheit, der sicherer Zugang und die Bezahlbarkeit für alle müssen gestärkt werden
- Nachhaltige Mobilitätskonzepte für unterschiedliche Bedürfnisse (v.a. im ländlichen Raum) müssen entwickelt werden
- Stillgelegte Bahnstrecken müssen reaktiviert und ein verlässliches Landesbusliniennetz muss etabliert werden
- Teilhabe mobil eingeschränkter Menschen in öffentlichen Verkehrsbereichen (barrierefreie Wegeketten) muss sichergestellt werden



Wahlprüfsteine Mobilität:

Was wollen Sie tun, um Mobilität zukunftsfähig zu gestalten?

Was wollen Sie tun, um ganz Niedersachsen fit für die Mobilitätswende zu machen?

Inklusion



Wahlprüfsteine Inklusion:

Was wollen Sie tun, um die volle Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen zu erreichen?

Was wollen Sie tun, um die Arbeitsmarktchancen von Menschen mit Behinderung zu verbessern?

Was wollen Sie tun, um Barrierefreiheit als Voraussetzung zur Teilhabe herzustellen?

Was wollen Sie tun, um inklusive und kostengünstige Kultur- und Freizeitangebote sicherzustellen?

Inklusion endlich umsetzen und Teilhabe stärken

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist seit 2009 geltendes Recht in Deutschland. Diese Konvention verpflichtet auch das Land, barrierefreie Zugänge zu schaffen, Benachteiligung abzubauen und umfassende Teilhabe zu ermöglichen. Das angekündigte Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit ist ein zentraler Baustein, um diesen Aufgaben gerecht zu werden. Es muss daher engagiert umgesetzt und angemessen finanziert werden. Auch bei der Digitalisierung ist Barrierefreiheit erforderlich, zudem muss Inklusion im Bildungssystem konsequent umgesetzt werden, um allen Kindern und Jugendlichen echte Teilhabe zu ermöglichen. Wichtig ist zudem, Nicht-Betroffene stärker für Inklusion zu sensibilisieren, damit die Belange von Menschen mit Behinderung bei der Planung und Umsetzung von Vorhaben im öffentlichen Raum konsequent mitgedacht werden. Von Landesseite müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um auch von der Privatwirtschaft endlich mehr Barrierefreiheit einzufordern. In Zeiten weitreichender Privatisierung ist eine echte Teilhabe und Inklusion ansonsten kaum möglich.

Darum fordern wir in Niedersachsen:

- Barrierefreiheit in allen Bereichen umsetzen und Teilhabe stärken
- Inklusion in den ersten Arbeitsmarkt fördern
- Teilhabegelder für alle Menschen mit Behinderung einführen, um Mehrbedarfe aufzufangen und Benachteiligung zu verringern

- Notwendige Unterstützung wie Gebärdensprachdolmetscher*innen oder Assistenzleistungen bereitstellen
- Die Digitalisierung muss vorangetrieben und barrierefrei gestaltet werden
- Der Internetzugang muss in Pflegeheimen, Behinderteneinrichtungen etc. sichergestellt werden
- Inklusive Bildung in der Schule muss endlich umgesetzt werden

Klimaschutz

Klima- und Umweltschutz voranbringen und sozial gerecht gestalten

Die Klimakrise gewinnt immer mehr an Brisanz: Extremwetterlagen nehmen zu, globale Kipp-Punkte stehen kurz bevor und der Verlust an Artenvielfalt und natürlichen Böden sowie der Anstieg des Meeresspiegels gefährden die Lebengrundlagen aller Menschen. Der Klimawandel nimmt negativen Einfluss auf die individuelle Gesundheit und stellt auch die Stadt- und Landschaftsplanung vor neue Herausforderungen. Die Anpassung an erwartbare schädliche Klimafolgen muss daher sofort beginnen. Es müssen konsequente Maßnahmen durchgesetzt werden, um die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen so gut wie möglich zu begrenzen. Sofortiges Handeln ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit, um jungen Menschen eine lebenswerte Zukunft zu bewahren.

Zugleich ist die soziale Gerechtigkeit zentral: Ärmere Menschen leiden direkter unter der Klimakrise als Wohlhabendere, da sie über weniger Ressourcen zur Anpassung verfügen und soziostrukturell benachteiligt sind (etwa in



Wahlprüfsteine Klimaschutz:

Was wollen Sie tun, um den Klimawandel einzudämmen?

Was wollen Sie tun, um Klimaschutz nachhaltig umzusetzen?

Was wollen Sie tun, um Klimapolitik sozial gerecht zu gestalten?



den Bereichen Gesundheit, Wohnen, Arbeit). Zugleich trägt ihr Lebensstil und das Konsumverhalten häufig viel weniger zu schädlichen Umwelteffekten bei. Politische Maßnahmen müssen daher bei den Hauptverursacher*innen ansetzen und unbedingt in der Breite sozial und fair gestaltet sein.

Darum fordern wir in Niedersachsen:

- Klimaschutz endlich effektiv und verbindlich voranbringen
- Soziale Gerechtigkeit beim Klima- und Umweltschutz zwingend beachten
- Große Wirtschaftszweige zur klimapolitischen und letztlich sozialen Verantwortung ziehen, auch um Arbeitsplätze für die Zukunft zu sichern
- Entwicklung von Konzepten für die Klimafolgenanpassung, etwa bei der Prävention von Hitzeereignissen durch bauliche Anpassungen

Bildung

(Aus-)Bildungschancen für alle

Soziale Chancengleichheiten im Bildungswesen sind ungerecht und reproduzieren Armut und Benachteiligung über Generationen. Der SoVD fordert verstärkte Anstrengungen, diesen Teufelskreis zu durchbrechen und die Bedeutung der sozialen Herkunft für Bildungserfolge zu begrenzen. Durch bessere Aufstiegschancen können dann auch Armutsrisiken verringert und zukünftige Fachkräfte gewonnen werden. Für Menschen mit Behinderung ist es dringend

nötig, nicht nur eine inklusive Schule auf den Weg zu bringen, sondern auch neue Anschlusskonzepte zu entwickeln, um Qualifizierungs- und Ausbildungschancen für junge Menschen mit Behinderung tatsächlich zu verwirklichen. So ist dann auch eher ein Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt möglich; die Vermittlung in das reformbedürftige Werkstätten-System darf nicht die Regel sein.

Um diese Ziele zu erreichen, sind umfassende Reformen und Investitionen in zukunftsfähige, solidarische, inklusive und zugangsgerechte Bildungssysteme nötig. Dies umfasst auch lückenlose, flexible und kostengünstige Kinderbetreuung, den Ausbau von Frühförderung für die Kleinsten, die Verhinderung von Schulabgängen ohne Abschluss, Ausbildungsplatzgarantien, die Förderung lebenslangen Lernens und eine gute Finanzierung von Hochschulen.

Darum fordern wir in Niedersachsen:

- Schulische Assistenz muss gestärkt, finanziell besser aufgestellt und verbindlich geregelt werden. Die Exklusion von Kindern mit Behinderung muss verhindert werden
- Schulen müssen durch nachhaltige Investitionen krisenfest gemacht werden, damit Kinder und Jugendliche zu keiner Zeit auf ihr Recht auf Bildung verzichten müssen
- Investitionen in zukunftsfähige und zugangsgerechte Bildung
- Lückenlose, flexible, barrierefreie und kostengünstige Betreuungsinfrastruktur
- Abbau sozialer Chancenungleichheiten im Bildungssystem



Wahlprüfsteine Bildung:

Was wollen Sie tun, um Schule endlich nachhaltig, inklusiv und zukunftsfähig zu gestalten?

Was wollen Sie tun, um faire Aufstiegschancen in der Bildung für jedes Kind zu schaffen?

Was wollen Sie tun, um Kinderbetreuung auch für finanzschwache Familien zu garantieren?

Was wollen Sie tun, um Kinderbetreuungseinrichtungen flexibel und inklusiv zu gestalten?

Was wollen Sie tun, um Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren?

Pflege



Wahlprüfsteine Pflege:

Was wollen Sie tun, damit sich alle Pflegebedürftigen eine gute Pflege leisten können?

Was wollen Sie tun, um die Bedingungen für Pflegenden zu verbessern?

Gute und solidarische Pflege verwirklichen

Das Pflegesystem krankt an vielen Stellen: Eine wachsende Zahl an Pflegebedürftigen steht einem Fachkräftemangel gegenüber, der insbesondere in ländlichen Regionen zu Knappheit führt. Pflegenden leiden wiederum unter schlechten Arbeitsbedingungen. Für ausländische Kräfte im Rahmen von 24-Stunden-Pflege in Privathaushalten gibt es kaum legale und von den Familien bezahlbare Modelle, so dass sich ein Großteil dieser Pflege in rechtlichen Graubereichen abspielt. Das gesamte System ist unterfinanziert. Pflegebedarf führt sehr häufig zu Verarmung der Betroffenen und ihrer Familien, vor allem bei stationärer Unterbringung. Zugleich haben Menschen mit niedrigem Einkommen und hohen Belastungen im Erwerbsleben ein höheres Risiko, pflegebedürftig zu werden. Pflegenden Angehörigen – meist Frauen – stemmen die Hauptlast in der Versorgung und finden oft nicht ausreichend Unterstützung. Für jüngere Pflegebedürftige gibt es kaum zugeschnittene und altersgerechte Angebote und die Bedarfe finden keinen Niederschlag in den Abrechnungsmodalitäten (z.B. für Mentoringpflege). Für Niedersachsen fordert der SoVD von der nächsten Landesregierung daher, alle Stellschrauben der Landespolitik zu nutzen, um die Probleme anzugehen und die Situation zu verbessern.

Darum fordern wir in Niedersachsen:

- Der Pflegeentlastungsbetrag muss niedrigschwelliger und flächendeckender nutzbar sein
- Es muss Entlastungs- und Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige überall in Niedersachsen geben
- Gute und solidarische Pflege muss endlich verwirklicht werden (z.B. durch Einführung einer Bürgerversicherung oder durch eine bessere Bezahlung von Pflegekräften)
- Pflegeleistungen für den häuslichen Bereich müssen erhöht werden, aufsuchende und aktivierende Angebote müssen ausgeweitet werden
- Prävention und Rehabilitation vor und bei Pflege müssen gestärkt und ausgebaut werden – auch in Bezug auf Long Covid
- Pflege darf kein Armutsrisiko sein: Eigenanteile begrenzen
- Fachkräftemangel entgegenwirken durch faire Arbeitsbedingungen und langfristige Perspektiven, insbesondere für ausländische Fachkräfte
- Ambulante und stationäre Angebote zur Versorgung junger Pflegebedürftiger auf- und ausbauen
- Gesetzliche Regelung zu Transparenzpflichten für Pflegeheime schaffen



GUTES WOHNEN UND LEBEN

Was wollen Sie tun, um dringend benötigten Wohnraum bezahlbar und barrierefrei zur Verfügung zu stellen?

Was wollen Sie tun, um Mietpreissteigerungen nachhaltig entgegenzuwirken?

INKLUSION

Was wollen Sie tun, um die volle Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen zu erreichen?

Was wollen Sie tun, um die Arbeitsmarktchancen von Menschen mit Behinderung zu verbessern?

Was wollen Sie tun, um Barrierefreiheit als Voraussetzung zur Teilhabe herzustellen?

Was wollen Sie tun, um inklusive und kostengünstige Kultur- und Freizeitangebote sicherzustellen?



ARMUT

Was wollen Sie tun, um Armut wirksam zu bekämpfen? Insbesondere Kinder- und Altersarmut?

Was wollen Sie tun, um Einkommensarmut entgegen zu wirken?

Was wollen Sie tun, um geflüchtete Menschen umfassend zu integrieren und sie als Bereicherung unserer Gesellschaft zu greifen?

Was wollen Sie tun, um Kinderbetreuung auch für finanzschwache Familien zu garantieren?

MOBILITÄT

Was wollen Sie tun, um Mobilität zukunftsfähig zu gestalten?

Was wollen Sie tun, um ganz Niedersachsen fit für die Mobilitätswende zu machen?

Wahlprüfsteine kompakt

Wir fragen Politiker*innen zu unseren Themenkomplexen

KLIMASCHUTZ

Was wollen Sie tun, um den Klimawandel einzudämmen?

Was wollen Sie tun, um Klimaschutz nachhaltig umzusetzen?

Was wollen Sie tun, um Klimapolitik sozial gerecht zu gestalten?

PFLEGE

Was wollen Sie tun, damit sich alle Pflegebedürftigen eine gute Pflege leisten können?

Was wollen Sie tun, um die Bedingungen für Pflegenden zu verbessern?

BILDUNG

Was wollen Sie tun, um Schule endlich nachhaltig, inklusiv und zukunftsfähig zu gestalten?

Was wollen Sie tun, um faire Aufstiegschancen in der Bildung für jedes Kind zu schaffen?

Was wollen Sie tun, um Kinderbetreuung auch für finanzschwache Familien zu garantieren?

Was wollen Sie tun, um Kinderbetreuungseinrichtungen flexibel und inklusiv zu gestalten?

Was wollen Sie tun, um Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren?

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e.V.
Herschelstraße 31
30159 Hannover
Tel. 0511 70148-0
Fax 0511 70148-70
info@sovd-nds.de
www.sovd-nds.de